

Das Land Baden-Württemberg und seine Beamten

Barbara Pflugmann-Hohlstein, Nicole Michel

Dr. Barbara Pflugmann-Hohlstein ist Referentin im Referat „Soziale Sicherung“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Dipl.-Geografin Nicole Michel war Referentin im Referat „Öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

In Baden-Württemberg waren 2011 neben rund 4 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – dazu zählen auch die 310 700 Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes Baden-Württembergs – rund 222 400 Beamtinnen und Beamte beschäftigt. Die überwiegende Mehrheit der Beamten, nämlich 192 500 bzw. knapp 87 % sind beim Land tätig, rund 12 % bei Gemeinden/Gemeindeverbänden und Zweckverbänden und nur gut 1 % bei Sozialversicherungen oder öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Im folgenden Beitrag stehen diese 192 500 Beamtinnen und Beamte des Dienstherren „Land Baden-Württemberg“ im Fokus, von denen im Übrigen rund 6 500 in diesem Jahr auch ihren 60. Geburtstag feiern.

Zahl der Landesbeamten seit 1960 fast verdreifacht

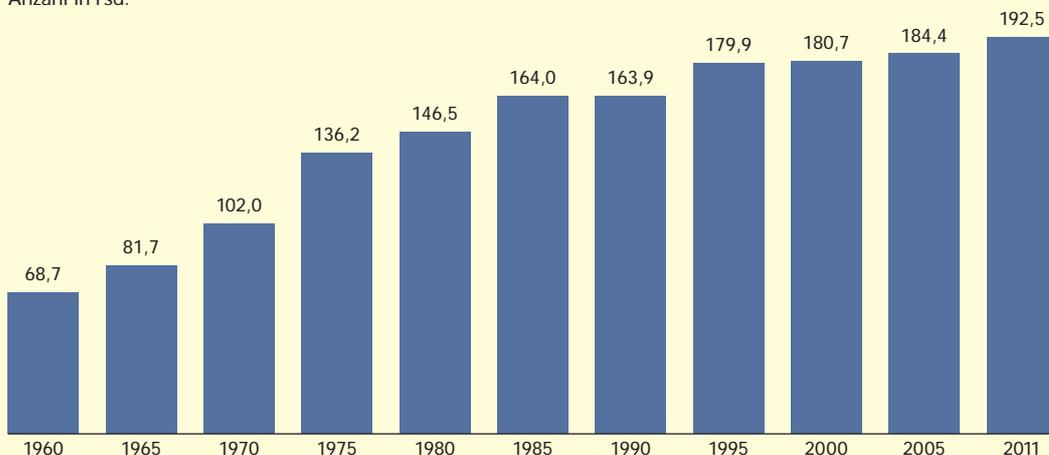
Im Juni 2011¹ waren rund 192 500 Beamtinnen und Beamte² (einschließlich Richterinnen und Richter sowie Bezieher von Amtsgehalt im Folgenden zusammenfassend als Beamte be-

zeichnet) unmittelbar³ beim Land Baden-Württemberg beschäftigt. Im Jahr 1960 gab es lediglich 68 700 Landesbeamte (*Schaubild 1*).

Schon im Zeitraum von 1960 bis 1975 hatte sich die Zahl der Beamten nahezu verdoppelt. Besonders stark war der Anstieg zwischen 1970 und 1975, was vor allem auf die Entwicklung im Schuldienst zurückzuführen ist. Bereits in den 1960er-Jahren wurde die Zahl der Beamten an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen von rund 30 700 im Jahr 1960 auf rund 48 400 im Jahr 1970 um 58 % sehr stark erhöht. Bis 1975 stieg die Zahl der Beamten im Schuldienst weiter auf rund 69 400 an. Das bedeutet für den Zeitraum 1970 bis 1975 einen Anstieg der Beamten im Schuldienst von 44 %. Im selben Zeitraum kam eine personelle Stärkung der Polizei hinzu, bei der die Zahl der Beamten von rund 11 800 im Jahr 1970 auf rund 16 600 im Jahr 1975, also um 40 %, anstieg. Die Ursachen hierfür lagen zum einen in der Übernahme der bisher kommunalen Polizei der Städte Mannheim und Karlsruhe in den Landesdienst und zum anderen im 1972 von der Bundesregierung beschlossenen „Programm

S1 Zahl der Beamten des Landes Baden-Württemberg 1960 bis 2011 *)

Anzahl in Tsd.



*) Nach der Umwandlung der Universitätskliniken in Anstalten des öffentlichen Rechts im Jahr 2000 werden die dort Beschäftigten im mittelbaren Landesdienst ausgewiesen und sind hier somit nicht nachgewiesen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

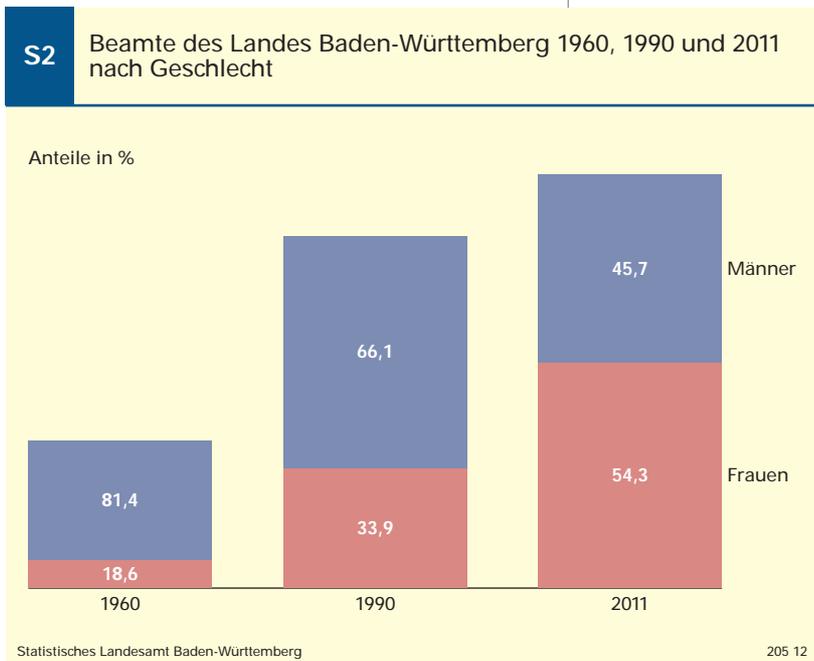
204 12

- 1 Stichtag der Personalstandsstatistik: 30. Juni.
- 2 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf des Beitrages weitgehend auf eine geschlechtsspezifische Bezeichnung verzichtet.
- 3 Zum unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes gehören neben den im Kernhaushalt (Landesbehörden, Ämter, Gerichte) erfassten Beamten auch diejenigen des Bereichs der Sonderrechnungen (Landesbetriebe).

für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieses brachte – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohung durch die RAF – einheitliche Vorschriften für Ausstattung, Einsatz, Ausbildung und Organisation sowie einen verbindlichen Schlüssel für die zahlenmäßige Stärke der Polizei.⁴

Von 1975 bis 1985 fielen die Zuwächse deutlich moderater aus. Dies war vor allem durch einen leichten Rückgang bei den Beamten im Schuldienst bedingt. Die Zahl der Beamten im Polizeidienst wurde in diesem Zeitraum allerdings nochmals um rund 40 % erhöht. In diesen Zeitraum fällt außerdem eine erste Phase der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung. Daher ist der in *Schaubild 1* abgebildete Anstieg bei der Zahl der Beamten in den Jahren 1975 bis 1985 teilweise auch durch die stärkere Verbreitung der Teilzeitbeschäftigung zu erklären und bedeutet nicht zwangsläufig eine Erhöhung der Personalkapazität in Vollzeitäquivalenten.⁵

Zwischen 1985 und 1990 war erstmals ein minimaler Rückgang der Zahl der Beamten insgesamt festzustellen. Von 1990 bis 1995 erhöhte sich die Zahl der Beamten dagegen wieder deutlich um ca. 10 %, was vor allem auf einen höheren Einsatz von Beamten in der Finanzverwaltung zurückzuführen ist. In den Jahren von 1995 bis 2000 blieb die Zahl der Beamten trotz einer weiteren Zunahme der Teilzeitbeschäftigung relativ stabil. Dies ist insbesondere auf die verschiedenen Stelleneinsparprogramme zurückzuführen. Seinerzeit wurden durch Umschichtungen bzw. Stelleneinsparungen in der allgemeinen Verwaltung bestimmte Schwerpunktbereiche der Landespolitik, wie der Bildungsbereich und die Innere Sicherheit,



gestärkt. Im letzten Jahrzehnt stieg die Zahl der Beamten nochmals um rund 10 000 an. Auch dieser Zuwachs kam vor allem dem Schuldienst zugute.

Seit 2006 mehr weibliche als männliche Beamte

Der öffentliche Dienst hat sich in den letzten Jahrzehnten immer stärker zu einer Frauendomäne entwickelt. Bei den Beamten des Landes Baden-Württemberg hat sich der Frauenanteil seit dem Jahr 1960 fast verdreifacht. Er stieg in diesem Zeitraum von 18,6 % (1960) auf 54,3 % (2011). Im Jahr 2006 gab es erst-

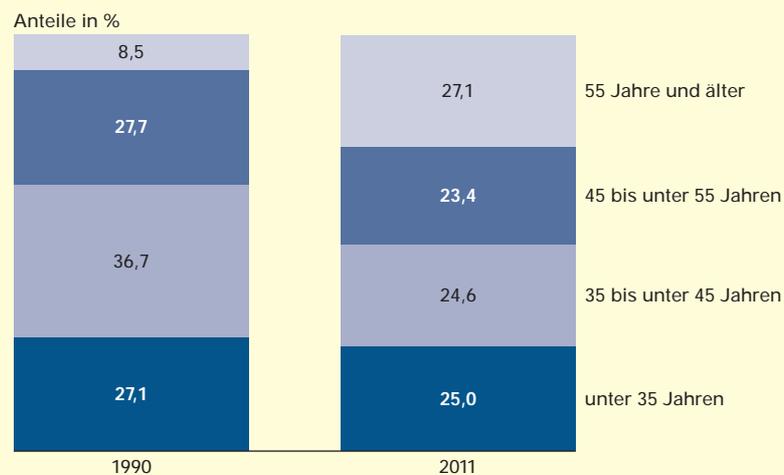


4 Personalstand der öffentlichen Verwaltung am 2. Oktober 1972, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 21. Jahrgang, Heft 7, S. 222.

5 Die Vollzeitäquivalenten lassen sich erst ab 1993 mit Aufnahme des Erhebungsmerkmals „Arbeitszeitfaktor“ zuverlässig errechnen.

S4

Altersstruktur der Beamten des Landes Baden-Württemberg 1990 und 2011



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

207 12

mals in Baden-Württemberg mehr weibliche als männliche Beamte (*Schaubild 2*). Aber nur absolut gesehen – denn gemessen an allen im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen und Männern sind Frauen seltener verbeamtet als Männer. So lag der Anteil der Beamtinnen an allen Frauen im unmittelbaren Dienst des Landes bei 69,8 % gegenüber 73,3 % bei den Männern.

Seit Mitte der 1960er-Jahre kontinuierlicher Anstieg der Teilzeitbeschäftigung

In Baden-Württemberg wurde der Einstieg in die Teilzeitbeschäftigung im Jahr 1962 gesetzlich verankert. Im Hinblick auf den damals bestehenden Lehrermangel ermöglichte die gesetzliche Regelung, dass vor allem ausgeschiedene Lehrerinnen nach einer Familienpause teilzeitbeschäftigt wieder ins Beamtenverhältnis übernommen werden konnten.

Der Anteil der Beamten mit Teilzeitbeschäftigung (einschließlich Altersteilzeit)⁶ stieg seit 1962 kontinuierlich an. Inzwischen ist fast jeder dritte Beamte teilzeitbeschäftigt. Teilzeitbeschäftigung ist über die Jahre Sache der Frauen geblieben. Denn von den Beamten in Teilzeit waren 2011 etwa 85,8 % Frauen und nur 14,2 % Männer. Spiegelbildlich ergibt sich die Situation bei den vollzeitbeschäftigten Beamten. Von ihnen waren 60,3 % männlich und 39,7 % weiblich. Dieser Umstand lässt sich auch anders ausdrücken: Die Hälfte der Beamtinnen arbeitete 2011 in Teilzeit, während die Teilzeitquote bei den männlichen Beamten nur knapp 10 % betrug (*Schaubild 3*).

⁶ In Baden-Württemberg gibt es nur für schwerbehinderte Beamte die Möglichkeit der Altersteilzeit, wobei als Mindestaltersgrenze das vollendete 55. Lebensjahr erreicht sein muss.

⁷ Einschließlich Schulverwaltung.

Rund 6 500 Landesbeamte feiern im Jubiläumsjahr des Landes auch ihren „60er“

Die Altersstruktur der Beamten spiegelt letztlich die bereits beschriebenen Einstellungswellen wider. Die älteren Jahrgänge sind aufgrund der zahlreichen Einstellungen Anfang der 1970er-Jahre sehr stark vertreten. Rund 27 % der Landesbeamten sind bereits 55 Jahre oder älter. Während die Mehrheit der Landesbeamten noch in den 1990er-Jahren unter 45 Jahre alt war (1990: 64 %, 1995: 56 %), hat sich diese Situation mittlerweile umgekehrt. 2011 war gut die Hälfte (50,4 %) 45 Jahre und älter.

Dabei ist in den letzten Jahren wieder eine leichte „Verjüngung“ der Staatsdiener zu verzeichnen. Seit 2005 stieg der Anteil der unter 45-Jährigen wieder leicht aber kontinuierlich auf mittlerweile 49,6% an. Nichts desto trotz ist der Anteil der Beamten, die dem Pensionsalter am nächsten sind, im Laufe der letzten 20 Jahre insgesamt deutlich gestiegen ist (*Schaubild 4*). Die Verschiebung der Altersstruktur hin zu älteren Jahrgängen schlägt sich natürlich auch im durchschnittlichen Alter der Beamtenschaft nieder. 1990 lag dieses bei 40,6 Jahren, 2011 bei 44,4. Ganz nebenbei: Im 60. Jubiläumsjahr des Landes Baden-Württemberg feiern auch rund 6 500 Landesbeamte ihren „Sechziger“. Insgesamt hat jeder siebte Beamte das Alter von 60 Jahren erreicht oder bereits überschritten.

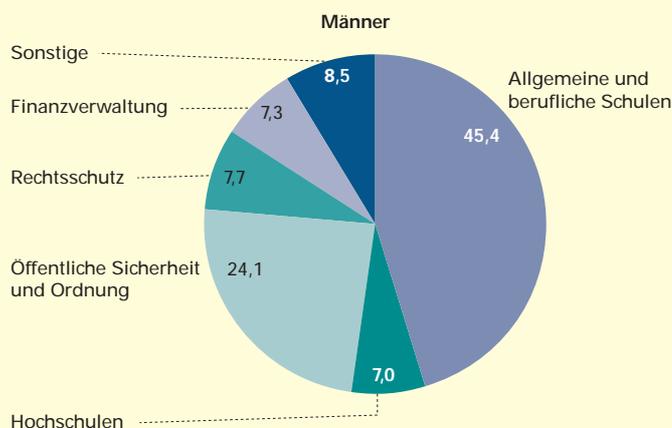
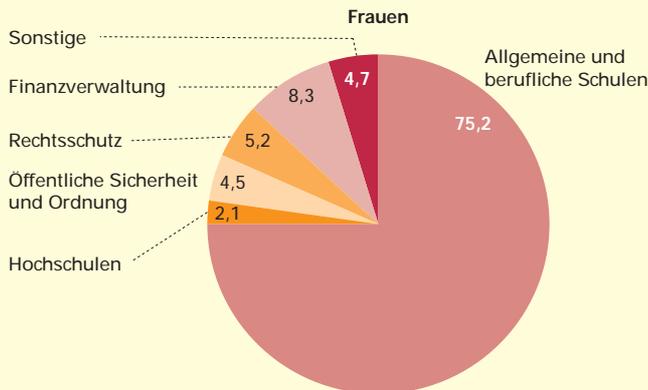
Schuldienst ist die größte „Beamtenbastion“

Der Großteil der Beamten des Landes Baden-Württemberg, nämlich 61,6 %, sind an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen tätig.⁷ Damit dominiert der Schuldienst hinsichtlich der Zahl der eingesetzten Beamten alle anderen Aufgabenbereiche deutlich. Erst mit großem Abstand folgt der Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit 13,5 % – hier findet man vor allem die Beamten der Polizei wieder – sowie die Finanzverwaltung mit knapp 8 %.

Auch im Jahr 1970 war der Schuldienst schon der Aufgabenbereich, der am meisten Beamte gebunden hat. Damals lag jedoch sein Anteil noch bei 48 %. Bis zum Jahr 2011 stieg er um rund 14 Prozentpunkte an, während die Anteile der Bereiche der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Finanzverwaltung nahezu konstant blieben. Der Anteil der Beamten im Bereich des Rechtsschutzes wies sogar einen abnehmenden Anteil auf. Der ebenfalls rückläufige Anteil bei den Hochschulen ist darauf zurückzuführen, dass vor 1980 hier auch die in

S5 Beamtinnen und Beamte in Baden-Württemberg 2011 nach Aufgabenbereich

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

208 12

den Hochschulkliniken tätigen Beamten mitberücksichtigt wurden. Nach 1980 wurden die Hochschulkliniken aus dem Bereich der Hochschulen ausgeklammert und seither nicht mehr beim unmittelbaren Landesdienst nachgewiesen.

Da die Zahl der Schüler⁸ an öffentlichen allgemeinbildenden und öffentlichen beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011 um 123 712 niedriger lag als im Schuljahr 1970/71, zeigt die Entwicklung im Schuldienst, welche Bedeutung der Bildungspolitik im Land bis in die jüngste Gegenwart zugemessen wird. Bei Rückschlüssen hinsichtlich der Lehrerversorgung im Land muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Zahl der Beamten sowohl Beamte in Vollzeit als auch in Teilzeit umfasst. Seit 1970 hat sich die Zahl der Teilzeitkräfte stark erhöht. Im Bereich des Schuldienstes beträgt die Teilzeitquote bei den Beamten inzwischen rund 42 %, sodass der Zuwachs bei der Zahl der Beamten für diesen

Bereich auch teilweise auf dieses Phänomen zurückzuführen ist. Übrigens: Nicht alle Lehrer sind per se Beamte.⁹ Ein knappes Zehntel der Beschäftigten im Schuldienst ist im Arbeitnehmerverhältnis, die höchste Arbeitnehmerquote ist dabei bei Sonder- und beruflichen Schulen.

Schulen sind eine Frauendomäne – Die Polizei eine Männerdomäne

Drei Viertel aller Landesbeamtinnen arbeiteten im Jahr 2011 im Schuldienst (*Schaubild 5*). Mit einem Frauenanteil von 66,3 % sind die Schulen damit eindeutig in weiblicher Hand. Nur 4,5 % der Beamtinnen sind dagegen im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung tätig. Dieser Bereich, zu dem der Polizeidienst zählt, ist mit einem Frauenanteil von 18,2 % und einem Männeranteil von 81,8 % eine klare „Männerdomäne“. Vor dem Jahr 1987 wurden Frauen nur bei der Kriminalpolizei des Landes eingesetzt. Erst 1987 ist auch die Schutzpolizei für Frauen geöffnet worden und in der Folge der Anteil der Frauen stetig von nur 3,3 % im Jahr 1990 auf die bereits erwähnten 18,2 % angewachsen.¹⁰ ■



© Arno Bachert / pixelio.de

Weitere Auskünfte erteilen
 Dr. Barbara Pflugmann-Hohlstein,
 Telefon 0711/641-25 40,
 Barbara.Pflugmann-Hohlstein@stala.bwl.de
 Anastasia Anselm, Telefon 0711/641-27 44,
 Anastasia.Anselm@stala.bwl.de

⁸ Zahl der Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden (ohne Zweiten Bildungsweg) und öffentlichen beruflichen Schulen:
 1970/71: 1 606 538;
 2010/2011: 1 482 826.
 Quelle: Schulstatistik.

⁹ Lehrer im Vorbereitungsdienst sind während dieses Zeitraums grundsätzlich verbeamtet.

¹⁰ „100 Jahre Frauen bei der Polizei“; Pressemitteilung des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 26. Juni 2003.